Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M 2,90, vierteljährlich M 8,70 frei ins Haus. Einzelnummer 10 Pf. Kreuzbandsendungen monatl. M 5.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstraße 11.

Hamburger Echo

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 75 Pf, zuzüglich 33⅓ v.H. Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 70 Pf. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 256. Freitag, den 6. Juni 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hamm, Horn, Schiffbeck u. Billwärder bei Poling, Diagonalstr. 24. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 15. Rotenburgsort u. Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213 a, Hchpt. Wilhelmsburg bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde u. Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Frau Schönfeld, Blücherstr. 28. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

„Ultimatum oder verhandeln?“

Ein Streich der Reaktion.

Der „ungekrönte König von Hamburg“, Herr Witthoeft, ist wieder da. Er war trotz seiner privatkapitalistischen Spekulantentüchtigkeit als Vertreter des sozialistisch-demokratischen Deutschland, als Friedensdelegierter nach Versailles gesandt worden, um dort auf seine Weise die Interessen dessen zu vertreten, was in der Sprache der Kapitalisten „Volk“ heißt und in Wirklichkeit Profit ist. Was er dort ausgerichtet hat, ist sein Geheimnis. Jetzt scheint seine Wirksamkeit in eine neue Phase zu treten. Er ist nach Hamburg zurückgekehrt und hat sofort als Präses der Handelskammer von der Galerie der Börse herab eine neue Kraftrede gehalten, des Inhalts, wenn man dem deutschen Kaufmann die Verdienstmöglichkeit des freien Handels nehme, dann werde er mit seinem Geld ins Ausland abwandern. Gemeint ist natürlich auch das neueste Kapital, das aus den verbrecherischen Kriegsprofiten stammt, dessen Zinsen dann die kapitalistischen Regierungen des Auslandes von den deutschen Proletariern eintreiben sollen. Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland; wo mir mein Kriegsprofit gesichert wird, da zieh' ich hin mit allem, was ich habe, und überlasse der geliebten Heimat außer dem Dreck, den ich von den Füßen schüttele, die Pflicht, mir die Zinsen zu bezahlen. Die Drohung, mit Hab und Gut und Kriegsprofit sich dünn zu machen, zeigt, was hinter der Maske steckt, die die Kriegsgewinnler ihren „Patriotismus“ nennen. Wollen wir sie anreizen, uns auch fernerhin das kostspielige Glück ihrer „wertvollen“ Gegenwart zu schenken, dann sollen wir ihnen als Entgelt die „Verdienstmöglichkeit des freien Handels“ lassen. Was hierunter zu verstehen ist, läßt die Steigerung der Pfefferpreise ahnen.

Herr Witthoeft ist aber sicherlich nicht blos deshalb von Versailles zurückgekehrt, um dem Proletariat diese neue Bekräftigung seiner alten Lehre von der Notwendigkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft an den Kopf zu werfen. Er scheint auch gleich die Parole mitgebracht zu haben, nach deren Vorschrift die Oeffentlichkeit im Sinne des internationalen Neukapitals bearbeitet werden soll. Sein Leibblatt, der „Hamb. Correspondent“, und auch die „Hamb. Nachrichten“, verteilten am Donnerstag ein anonymes Flugblatt, das uns ankündigt, ein Ultimatum der Ententeregierungen stehe uns bevor im Falle die Unterschrift des Friedensvertrages deutscherseits verweigert werden sollte. Dieses Musterstück eines Versuches von Volksverdummung lautet wörtlich:

Ultimatum oder verhandeln?

Die Mitteilungen aus Frankreich, England und Amerika zeigen deutlich, daß die feindlichen Unterhändler in zwei Lager geteilt sind. Die eine Partei will mit Deutschland verhandeln, die andere Partei jede Abänderung des Vertrages ablehnen und uns ein kurzfristiges Ultimatum stellen. Kommt es zwischen diesen beiden Parteien zur Einigung? Bisher sind unsere Feinde stets einig geblieben, weil Deutschland alles angenommen hat, was ihm geboten ist. Daraus werden die Feinde ihre Lehren ziehen. Kein Mensch in Deutschland kann sich wundern, wenn jetzt von feindlicher Seite ein Ultimatum kommt. Die beiden feindlichen Parteien werden sich verständigen unter der Formel:

„Zunächst der Versuch eines Ultimatums — Deutschland hat bisher ja stets alles angenommen —, versagt das Ultimatum, erst dann wird verhandelt!“

Läßt Deutschland sich durch ein Ultimatum verblüffen, dann unterschreibt es sein eigenes Todesurteil. Lehnt es das Ultimatum ab, so ist nicht eine Fortsetzung des Krieges die Folge — auch unsere Feinde brauchen dringend Frieden —, die Folge sind Verhandlungen, deren Ergebnis ein Fortbestehen Deutschlands unter erträglichen Bedingungen sein wird.

So frech verlogen und so künstlich verworren diese Kundgebung auch ist: sie läßt klar erkennen, worauf es den reaktionären Dunkelmännern ankommt. Sie glauben annehmen zu dürfen, die Regierung werde den Kriegsprofitlern den Gefallen tun, die Unterschrift zu verweigern. Dann wird selbstverständlich ein kurzfristiges Ultimatum der Entente kommen, mit der Aufforderung, sofort bedingungslos zu unterschreiben, andernfalls der Waffenstillstand beendet sei und der Vormarsch der Ententetruppen wieder aufgenommen werde. **Diese Invasion ist es, was unsere Reaktionäre heimlich ersehnen.** Denn den von kapitalistischen Regierungen geleiteten Ententetruppen gegenüber — es brauchen ja gar nicht mehr Millionen-Armeen zu sein — ist das deutsche Volk jetzt wehrlos, während es gegen Gewaltmaßregeln der eigenen Reaktionäre immer noch furchtbaren Widerstand zu leisten vermag. Wie die französische Bourgeoisie sich 1871 von deutschen Truppen den Rücken decken ließ, als sie die Kommune niederkartätschte, so möchten unsere Reaktionäre mit Hilfe der ausländischen Bajonette die deutsche Revolution abwürgen, falls es nicht anders geht, in Blut ersticken.

Deshalb wird dem Volke jetzt frevelhafterweise vorgelogen, das in Aussicht stehende Ultimatum sei nur ein Bluff, um weitere Verhandlungen herbeizuführen. Von all den unzähligen stinkenden Lügen, durch die das Volk seit Jahr und Tag von den Kriegsprofitlern irregeführt wurde, ist dies eine der schändlichsten. Kommt solch ein Ultimatum, dann ist es kein Bluff, sondern blutiger Ernst. Dann wird nicht mehr unterhandelt, sondern diktiert. Und wird auch dann nicht unterschrieben: dann braucht die Entente keinen neuen langen Krieg zu führen, sondern nur noch einen kleinen, kurzen, raschen Schritt zu tun. Dann werden die Ruhrkohlenzechen und die Häfen besetzt, dann bricht der Rest von deutschem Wirtschaftsleben zusammen, dann regiert der Säbel, **dann triumphiert der heimische, heilige deutsche Kriegsprofit.**

Und dann, wehe dir, Proletarier! Dann liegt dein Schicksal wieder rettungslos in der Hand derer, die ungezählte Millionen auf den Schlachtfeldern verbluten und daheim in den Krallen des Kriegswuchers langsam dahinsterben ließen. Mit jener Grausamkeit, die aus Blut und Hunger Profit erzeugte, mit jener Grausamkeit wird man dich zwingen, dem Kriegsprofit die Zinsen zu verdienen. Das ist dir zugedacht, das halte dir vor Augen.

Lewiné doch hingerichtet.

Wir erhalten von unserem Berliner Mitarbeiter folgende Drahtnachricht:

Das Todesurteil gegen Lewiné ist heute mittag vollstreckt worden. Der Protest nicht nur der Unabhängigen, sondern auch des „Vorwärts“ war ergebnislos, und so ist zu befürchten, daß die vom Vollzugsrat Groß-Berlin gestern angedrohten Folgen neue innere Wirren uns nicht ersparen werden. Die „Freiheit“, die die Nachricht der Hinrichtung noch nicht enthält, teilt in großer Aufmachung mit, daß man es den beiden Verteidigern Dr. Rosenfeld und Graf Pestalozza verwehrt habe, die Minister zu sprechen. Nur dank der Vermittlung eines Offiziers habe Lewinés alte Mutter ihn 20 Minuten sprechen können, und Lewinés Frau, die gleichfalls in Stadelheim sitze, sollte von dort entfernt werden, ohne ihn zu sprechen. Er selbst sei während der ganzen Zeit seiner Haft an Händen und Füßen gefesselt gewesen. Die Nichtbegnadigung wird damit begründet, daß Lewiné die Ursache des Bürgerkrieges in München gewesen wäre und somit keine Begnadigung verdiene.

•

Was hier geschehen, ist eine Infamie ohnegleichen. Die Regierung Hoffmann, die das zuließ, hat sich mit diesem Schreckensurteil besudelt. „Weil er die Ursache des Bürgerkrieges gewesen ist, deshalb verdiente er keine Begnadigung.“ Kann man eine armseligere Rechtfertigung für ein Bluturteil ausdenken? Wir haben mit der Politik dieses russischen Sozialisten nicht sympatisiert, weil uns jede Gewaltdiktatur für ein erhabenes Ziel von vornherein als eine Gefährdung dieses Zieles erscheint. In München hat diese Diktatur die Diktatur der weißen Garden nach sich gezogen, die jetzt ihr Schreckensregiment aufrichten. Dasselbe grauenvolle Spiel wie in Berlin, wo Liebknecht und Luxemburg in einem summarischen Verfahren „gerichtet“ wurden, wo Dinge geschehen, wie wir sie jetzt im Ledebourprozeß wieder nacherleben können. Gewalt gebiert Gewalt. Aber sollten wir Sozialdemokraten, die wir uns doch so gern die besonneneren Elemente nennen, es wirklich nicht einmal versuchen können, die Bestie im Menschen zu bändigen? Wer hat die Regierung Hoffmann gehindert, einen unser elementarsten Grundsätze zu erfüllen: die Todesstrafe zu beseitigen? Wer, so fragen wir nochmals, hat die sozialistische Regierung Hoffmann daran gehindert? Die Antwort ist leicht gefunden. Die in ihrem Haß rasend gewordene Befehlshaberschaft des neudeutschen Militarismus war es, die der sozialistischen Regierung verbot, Lewiné zu begnadigen. So weit sind wir also schon gekommen. Und da gibt es noch Leichtgläubige in unseren Reihen, die an dem Lebenswillen der Reaktion zweifeln. In München wiederholt sich in etwas anderer Form dasselbe Spiel, das auch im Berliner Edenhotel gespielt wird, und Hoffmann und Noske sehen dem Spiele zu und begreifen es nicht. Ein Jammer ohnegleichen. Es geht mit Riesenschritten dem Ende zu, wenn das Proletariat nicht noch einmal die Würfel im Becher rührt. Die neueste Krise der deutschen Revolution ist durch den Tod Lewinés beschleunigt worden. Wir fürchten, daß es bald um die Exekution der deutschen Freiheit gehen wird.

Der französische Massenstreik.

Es geht um „die Wandlung des Besitzverhältnisses“.

WTB. Versailles, 5. Juni. Laut „Echo de Paris“ halten **sich die Regierungskreise sehr zurück, wollen aber eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern möglichst schnell herbeiführen, um den politischen Treibern den Boden zu entziehen und die Preise für Lebensmittel und Kleidung herunterzudrücken. Die bürgerliche Presse ermahnt die Arbeiterschaft eindringlich, die Ausstände nicht politisch zu färben.**

Cachin schreibt in der „Humanité“: Die ganze Welt leide an demselben Fieber, das neue Zeiten verkünde. Millionen von Proletariern rechneten heute nur noch auf die Wandlung der Besitzverhältnisse.

„Bataille“ schreibt: Heute handelt es sich um die Erreichung der Ziele der Confédération Générale du Travail. Im Vertrauen auf ihre Stärke und die Gerechtigkeit ihrer Sache erwartet die Arbeiterklasse, daß man ihren Forderungen Rechnung trägt.

„Journal du Peuple“ meint, augenblicklich sei es ebenso ernst wie im August 1914, es gelte dem inneren Feinde, der sich im Kriege bereichert habe. Die Bewegung sei nicht mehr aufzuhalten. Man müsse die Arbeitseinstellung richtig deuten. Die unfähige Regierung müsse endlich zurücktreten.

•

WTB. Versailles, 5. Juni. Die Ausstandsbewegung in Frankreich nahm, wie die Blätter mitteilen, gestern noch an Umfang zu. In den Vororten von Paris allein feiern 250 000 Arbeiter. Die Omnibus- und Straßenbahnangestellten, welche gestern die Arbeit niederlegten, beschlossen gestern abend in stark besuchten Versammlungen, mit den Metallarbeitern und der Untergrundbahn gemeinsame Sache zu machen und gleichfalls einen Allgemeinausstand für das ganze Pariser Gebiet auszurufen. Die Untergrundbahner und Metallarbeiter beschlossen gestern nachmittag in einer Massenversammlung im Bois de Boulogne einstimmig, nicht zu arbeiten, bis ihre Forderungen bewilligt werden.

Laut „Matin“ werden die Elektrizitätsarbeiter und Eisenbahner des Pariser Gebiets zu dem großen Ausstand Stellung nehmen und sich möglicherweise der Bewegung anschließen.

Laut „Humanité“ stellt sich die Regierung in den Dienst der Sache der Arbeitgeber. So wurden verschiedene Arbeiter der Metallfabrik in Neuilly benachrichtigt, man werde sie einziehen und in Kolonialregimenter stecken, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen. In der Metallbranche scheinen Unterhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bevorzustehen. Vormittags traten beider Vertreter im Arbeitsministerium zusammen. Die Arbeitgeber scheinen auf die Forderungen der Metallarbeiter eingehen zu wollen. Die Blättermeldungen machen den Eindruck, daß die Ausstandsbewegung bisher wirtschaftlich ist. Auch der Widerspruch gegen das Einschreiten in Rußland und Ungarn tritt weit hinter den Gesichtspunkt der Verteuerung der Lebenshaltung zurück.

Brockdorffs Anklage wegen der rheinischen Putsche.

WTB. Berlin, 5. Juni. Nachstehende Note, betreffend die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz, wurde unter Beifügung der Note, die Erzberger am 2. Juni an General Nudant gerichtet hatte, Clemenceau überreicht:

Herr Präsident!

Die deutsche Delegation erhielt in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind, zu dem Zweck, diese Gebiete vom Deutschen Reiche loszulösen und zu selbständigen Republiken zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Anstifter einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Besatzungsbehörden ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Absperrung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genauigkeit haben nachgeprüft werden können, sind in der hier abschriftlich beigefügten Note Erzbergers an Nudant vom 2. Juni enthalten. Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen aufmerksam, daß die Duldung und Förderung von Bestrebungen, die zur Ablösung der westlichen Gebiete vom Reiche führen sollen, in hohem Maße geeignet sind, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zu der Bestimmung des Artikels 3 Absatz II des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangetastet bleibt und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Reiche in keiner Weise berührt. Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, die es im Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangetastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hochentwickelter Industrie wie die Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebotes erschüttern müssen. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande fördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierungen für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen. Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das nachdrückliche Ersuchen, die in Vorstehendem gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet unverzüglich und mit allem Ernste auf das Gefährliche ihres mißleiteten politischen Eifers hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen, anderseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. Graf Brockdorff-Rantzau.

„Wird mit dem Tode bestraft ...“

Unsere militärischen Gewaltmenschen aus der Aera Wilhelms sind heute noch vom selben Kaliber wie ehemals. Je weiter sie von Deutschland entfernt sind, je weniger geben sie sich Mühe, ihre brutale Natur zu verbergen. Als Beispiel dafür diene die folgende Bekanntmachung des Oberbefehlshabers der Baltischen Landwehr, des deutschen Majors Fletcher, die am 28. Mai in der „Libauischen Zeitung“ erschien. Sie lautet:

Ich verhänge das Standrecht über die Stadt Riga und ordne an:

1. Jeder, der im Besitz von Waffen (Schuß-, Stich- und Hiebwaffen), Munition oder Sprengstoffen ist, hat diese binnen zwölf Stunden bei der nächsten Polizeiwache abzuliefern. Jeder, bei dem später Waffen gefunden werden,

wird mit dem Tode bestraft.

2. Alle, die während der Bolschewistenherrschaft als Verwaltungsbeamte, Komiteemitglieder, Milizionäre usw. fungiert haben, alle Angehörigen der Roten Armee und alle übrigen, die gegen die Befreiungstruppen gekämpft haben, haben sich binnen 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der nächsten Polizeiwache zu melden.

3. Jeder, der einen solchen bei sich beherbergt, ihn verpflegt, oder ihm zur Flucht verhilft, sowie ein jeder, der den Aufenthalt eines solchen kennt und nicht sofort die nächste Polizeiwache davon in Kenntnis setzt,

wird mit dem Tode bestraft.

4. Wenn von einem Hause auf die Truppen geschossen wird, haften sämtliche Bewohner des Hauses mit ihrem Leben.

5. Jede Zivilperson, die die Straßen der Stadt ohne Genehmigung der Polizei in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens betritt,

wird mit dem Tode bestraft.

6. Privattelephone sind verboten. Sämtliche Privatpersonen, die Telephongespräche haben, sowie Hausbesitzer und Wohnungsinhaber, in deren Häuser sich Telephone befinden, haben sich sofort bei der Polizei zu melden. Unterlassung der Meldung

wird mit dem Tode bestraft.

8. Jeder, der Kenntnis davon hat, wo sich Waffen, Munition, Ausrüstungsstücke und überhaupt Heeresgut, sowie größere Bestände von Proviant, Lebensmitteln usw. befinden, hat sofort bei der nächsten Polizeiwache Anzeige zu erstatten. Unterlassung der Anzeige

wird mit dem Tode bestraft.

9. Alle geraubten und gestohlenen und entgegen den vor der Bolschewistenherrschaft geltenden Gesetzen erworbenen Gegenstände, Möbel, Kleider, Wäsche usw. müssen von den augenblicklichen Besitzern, ganz gleichgültig, wie sie in den Bsitz der Sachen gekommen sind, binnen 48 Stunden bei der nächsten Polizeiwache, soweit möglich, mit Hinweis auf den früheren Besitzer, angemeldet werden. Der Anmeldende erhält von der Polizeiwache eine Bescheinigung mit genauer Aufzählung ähnlicher angemeldeter Gegenstände. Jeder, bei dem nach Ablauf dieser Frist nicht angemeldetes Gut vorgefunden wird,

wird mit dem Tode bestraft.

10. Die Drucklegung und Verbreitung von Schriften aller Art, die nicht vom Gouvernement genehmigt worden sind, ist verboten. Zuwiderhandlungen

werden mit dem Tode bestraft.

11. Sämtliche Gesetze und Verordnungen, die während der Zeit der Bolschewistenherrschaft erlassen worden sind, treten mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung außer Kraft.

Riga, im Mai 1919.

Der Oberbefehlshaber der Landeswehr.
Fletcher.

Kommißstiefelkultur, Kommißstiefeljustiz. Wehe uns, wenn sie sich vom Baltenland wieder nach Westen bewegt. . . .

Politische Nachrichten.

Dienstag nach Pfingsten kritischer Tag erster Ordnung.

Das „B. T.“ meldet aus Versailles: Die Zeitungen teilen übereinstimmend mit, daß die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Dienstag nach Pfingsten übergeben werden soll. Lloyd George bleibt während der Pfingsttage in Paris, um an den Beratungen teilzunehmen. Die Aenderungen, die von den Engländern gewünscht werden, würden nach den Andeutungen, die ziemlich gleichlautend in allen Blättern zu finden sind, vielleicht in einigen Fragen zweiten Grades zugestanden werden. Die große Linie der Friedensbedingungen aber soll unverrückbar bleiben. Es scheint einige Aussicht zu sein, daß hinsichtlich Oberschlesien eine geringfügige Milderung des Vertrages zu erwarten ist, doch weist „Echo de Paris“ darauf hin, daß jede Einschränkung im Osten eine weitere Sicherung im Westen zur Folge haben müsse. Eine Aenderung der Bestimmungen über das Saargebiet sei nicht beabsichtigt, und die Gründung eines starken Polens verlange das Interesse Frankreichs. Die übrigen Aenderungen würden die finanziellen Bestimmungen betreffen und wahrscheinlich in der Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme für Deutschland bestehen.

Die Vier an der Arbeit.

WTB. Paris, 5. Juni. Havasmeldung: Diplomatische Lage. Die vier Regierungsführer setzten die Beratung der deutschen Gegenvorschläge fort, insbesondere in bezug auf Oberschlesien. Es wurde noch kein Beschluß gefaßt, da die befragte Kommission ihre Berichte noch nicht übergeben hat. Einige Teile der Gegenvorschläge wurden an Sachverständige weitergeleitet, die sie prüfen sollen. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß die Grundbestimmungen des Friedensvertrages keine Aenderungen erfahren würden. Man ist nicht der Ansicht, daß die Antwort vor der kommenden Woche überreicht wird. Wenn die Frist zur Unterzeichnung vier Tage betragen soll, kann der Friede bis zum 15. Juni unterzeichnet werden.

Der französische Einpeitscher.

Der Pariser „Temps“ schreibt: Wir leben in den Tagen, wo die Regierungen zeigen müssen, daß sie wissen, was sie wollen, und daß sie alle ausnahmslos es wollen. Sie sollen nicht zögern ihren Willen und ihre Einheit zu bekunden. Zögern hieße die alliierten Völker desorientieren. Zögern hieße die Illusionen Deutschlands, seine Machenschaften und sein Spekulieren auf bolschewistische Ansteckung und auf die Weltrevolution, ermutigen. Machen wir dem ein Ende. Es liegt nur ein einziger Falle vor, in dem grundlegende Klauseln hätten modifiziert werden können, nämlich falls Deutschland in seiner Antwort bewiesen hätte, daß diese oder jene Abmachung die Wilsonschen Grundsätze verletze. In der deutschen Antwort finden wir keinen solchen Beweis. Die Völker aller alliierten und assoziierten Länder sind zu der Ansicht berechtigt, daß die grundlegenden Vertragsklauseln nicht mehr in Frage gestellt werden können. Weder in der Festsetzung der deutschen Grenzen, noch in der Besetzung deutscher Gebiete, noch in der Designierung der Wiedergutmachungen, noch betreffs der Befugnisse der Commissions de Reparations, noch in irgend einer anderen grundlegenden Bedingung können die Völker annehmen, daß man einem Deutschland, welches statt der Garantign bisher nur Schikane, Reden, Drohungen oder Herausforderungen beibrachte, Zugeständnisse machen werde. Zwischen den Regierungen und den Völkern unserer Allianz gibt es eine Art heiligen Vertrages. Sollte man die grundlegenden Bedingungen ändern, so müßte man zuerst den Völkern durch ihre gewählten Vertreter das Wort erteilen. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden zweifellos nicht notwendig haben, es so weit kommen zu lassen. Sie werden einmütig sein, um Deutschland zu zeigen, daß es nichts durch Drohungen erreichen wird, daß es zuerst unterzeichnen muß.

Ueber die Vorgänge am Rhein

wird dem „B. T.“ gemeldet: „Präsident“ Dr. Dorthen suchte gestern abend mit seinem neu gebildeten „Kabinett“ von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Wiesbadener Regierungsgebäude einzudringen. Dr. Dorthen belegte zunächst das Arbeitszimmer des Präsidenten für sich mit Beschlag, während die Mitglieder des „Kabinetts“ im Vorraum auf weitere Befehle warteten. Dr. Dorthen ordnete als erste Amtshandlung die Hissung der weiß-grünen Fahne an, die er gleich mitgebracht hatte, doch konnte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Aufgang zur Spitze des Regierungsgebäudes fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch durch die Stadt verbreitet, und große Menschenmengen sammelten sich, heftig empört, an. Handfeste Leute drangen ein und knüpften eine sehr lebhafte Unterhaltung mit den Kabinettsmitgliedern an, die damit endete, daß die Minister fürchterlich verprügelt wurden. Nur Dr. Dorthen kam glimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und sich später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei diesen Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch als der Kommandeur von Wiesbaden, Pinot, in seinem Automobil herbeigerufen wurde, erklärte er, sich in die Vorgänge nicht einmischen zu wollen, nur müsse auf der Straße die Ruhe bewahrt werden. Auch Pinot hat jetzt den Hochverratsparagraphen des deutschen Strafgesetzbuches außer Kraft gesetzt. Die Dorthen-Regierung erklärte in dem Wiesbadener Zentrumsblatt, die Behörde hätte von keiner anderen Regierung Befehle anzunehmen. Alle ihre Bekanntmachungen seien von allen Blättern nachzudrucken. Der Wiesbadener Magistrat hat einstimmig erklärt, diese „Regierung“ nicht anzuerkennen.

Kölns Protest.

WTB. Köln a. Rh., 5. Juni. Die „Kölnische Volksztg.“ meldet: In der gestrigen Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung würde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Stadtverordnetenversammlung Kölns, die Vertretung der größten rheinischen Stadt, lehnt die in Wiesbaden und in Mainz von einigen unverantwortlichen Personen erfolgte Proklamation der rheinischen Republik mit aller Entschedenheit ab. Die Bevölkerung Kölns, ohne Unterschied des Standes, der politischen Parteirichtung und des religiösen Bekenntnisses, hat mit diesen politischen Fantasien nicht das Mindeste zu tun. Das uralte deutsche Köln fühlt sich mit dem deutschen Volk in den bittersten Unglückstagen fester verbunden denn je.

Noch ein Warnungsbrief englischer Friedensfreunde.

Der folgende Brief englischer Friedensfreunde wurde an Lloyd George und Wilson gesandt:

„Von den Entscheidungen der nächsten Woche oder zehn Tagen hängt das Schicksal von Millionen unserer Mitmenschen, besonders der Kinder, ab. Wir beabsichtigen nicht, irgend ein Urteil zu dem Friedensvertrag mit Deutschland zu geben. Er ist nicht bekanntgemacht worden und wir kennen in nicht in seiner Vollständigkeit. Ob er nun gerecht oder ungerecht, weise oder unweise ist, ob es möglich ist, die Bedingungen zu erfüllen oder unmöglich, sie zu verwirklichen, stellen wir das dringende Ersuchen an Sie und die anderen alliierten Staatsmänner in Paris, die deutschen Wünsche für Abänderung unparteiisch und sympathisch in Erwägung zu ziehen und denselben, wenn möglich, entgegenzukommen. Wir glauben, daß ein von der deutschen Regierung, als Vertreterin des deutschen Volkes, willig unterzeichneter Friede einen unendlich größeren Wert besitzt als ein durch Drohung mit Hungersnot aufgezwungener. Er wird ein sicheres Fundament bilden für die neue Weltordnung, der wir alle entgegensehen.

Unterzeichnet wurde der Brief von Loreburn, Buckmaster, Southwark, Beauchamp, Parmoor, E. W. Barnes, Brailsford, John Clifford, A. E. Garvie, Sidney Webb, Beatrice Webb, William Moore Ede, F. B. Meyer, Hirst, J. A. Hobson, Noel Buxton, Kate Courtney of Penwith, Louise Creighton, Gooch, Scott, A. G. Gardiner, George Paish, Hammond, Bevan.